

Nach einem Jahr.

ap. Ein Jahr ist es her, seitdem die große Wahltschlacht zu Ende ging; fast ein Jahr ist der neue Reichstag zusammen, und es ist angebracht, das Ergebnis seiner Tätigkeit ließen Regierung und bürgerliche Parteien das Hagelwärtungen und Versprechungen zu vergleichen. Allerdings war von Erwartungen und Versprechungen bei unseren Gegnern nicht viel zu bemerken; mit resignierter Würstigkeit hießen Regierung und bürgerliche Parteien das Hagelwetter des Volksurteils auf sich herabsaufen, ohne den Versuch zu machen, die Wähler noch besonders einzuseifen; sie wußten, daß viele fallen würden, sie wußten aber auch, daß ihre Herrschaft noch fest und sicher stand. Die Hoffnungen und Erwartungen standen auf unserer Seite; in unserer Presse war vor allem immer auf diesen großen Tag der Abrechnung hingewiesen worden, der einen großen politischen Umschwung bringen sollte.

Eigentlich muß man noch weiter zurückgehen, um zu sehen, was in einigen Parteitreiben von den Reichstagswahlen erwartet wurde. Im Jahre 1910 schrieb Kautsky in der „Neuen Zeit“, der zu erwartende Wahlsieg werde eine Katastrophe des ganzen Regierungssystems bedeuten, da die herrschenden Klassen dann entweder aus Schrecken große Konzessionen, wie das Reichstagswahlrecht für Preußen, gewähren oder versuchen würden, mit brutaler Gewalt die Bewegung niederzuschlagen, wahrscheinlich auch beides zugleich in einem kopslosen Hin- und Herschwanken zwischen Brutalitäten und Konzessionen. Damals wurde schon in einem Artikel in der „Bremer Bürger-Zeitung“ darauf hingewiesen, daß voraussichtlich keins von beiden geschehen, sondern einfach in der alten reaktionären Weise fortgewürfelt werden würde. Das hat sich jetzt bestätigt. An dem Regierungssystem hat sich kaum etwas geändert; es ist genau so weitergegangen mit demselben Reichskanzler, nahezu denselben Ministern, mit denselben Regierungsmethoden, als ob gar keine Wahlen stattgefunden hätten. Von irgend einer Konzession an die Arbeiterklasse, geschweige von einer wichtigen großen Konzession, ist keine Rede gewesen. Die Idee, die herrschende Klasse würde aus purem Schrecken über den Wahlerfolg

der Sozialdemokratie ihre festeste Position, das Preußenwahlrecht ausliefern, muß heute noch viel komischer erscheinen, als sie damals war. Aber zugleich beweist die Ablehnung des konservativen Antrages zum Verbot des Streikpostenstehens, daß die herrschende Klasse ebensowenig den Versuch wagt, die Arbeiterbewegung mit offener Brutalität niederzuschlagen. Sie läßt einfach die Sachen gehen, wie lange sie gehen wollen, ohne gegen die steigende Flut des Sozialismus zu einer klaren, bestimmten aktiven Politik kommen zu können.

Vor einem Jahre gingen freilich die Erwartungen nicht mehr so hoch, aber der Umschwung erschien doch noch bedeutend genug. Die Macht der Reaktion war, so schien es, durch die Dezimierung der schwarzblauen Mehrheit gebrochen, während die Fortschrittler — wie ihr Eingehen auf das von unserem Parteivorstand angebotene Stichwahlabkommen bewies — ihren kapitalistischen Charakter abstreiften und als Interessenvertretung des neuen unselbständigen Mittelstandes sich in eine Kampffront neben die Sozialdemokratie stellten. Aber auch diese Illusion ist zerronnen.

Militarismus und Schutzoll sind die beiden Grundpfeiler des ganzen deutschen Regierungssystems, die ihm sein reaktionäres Gepräge geben. Sie beherrschten auch die Tätigkeit des Reichstages im verflossenen Jahre. Kaum war er zusammengetreten, als ihm eine neue Militärvorlage zugeht, der alle bürgerlichen Parteien, auch der Fortschritt, zustimmen. Während diese Partei früher, als sie noch „kapitalistisch“ war, den Militärforderungen oft ablehnend gegenüberstand, denkt sie gegenwärtig nicht mehr daran. Jetzt hat die Kriegsgefahr des vorigen Herbstes den Militaristen Mut zu noch höheren Forderungen gemacht; und wieder nimmt die ganze bürgerliche Welt die neuen Rüstungen als etwas Unabänderliches hin. Das „Berliner Tageblatt“, das unter den Fortschrittlern weit links steht und die Stimmung eines Teiles der bürgerlichen Intelligenz zum Ausdruck bringt, spricht mit keinem Wort davon, daß die neuen unerhörten Forderungen zu bekämpfen seien, denn sie steht grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß das Reich möglichst wehrhaft zu machen sei, und was dafür nötig ist, hat die hohe Regierung zu beurteilen. Es wünscht bloß eine Besitzsteuer zur Deckung der Kosten, was in der Praxis darauf hinauslaufen würde, daß die Besitzsteuer als Deckmantel dienen soll, zugleich die Volksmassen schwerer zu belasten.

Und auch an dem Schutzzollsystem wird nichts geändert, trotz der Forderung. Die Ablehnung der sozialdemokratischen Resolution zur Steuerungsdebatte durch die geschlossene Mehrheit von Zentrum, Konservativen und Nationalliberalen bedeutet, daß es auch bei der bevorstehenden Erneuerung der Handelsverträge bei dem Wuchertarif bleibt. Stimmt hier die Fortschrittler mit uns gegen die Regierung, so haben sie sich doch in dieser Frage bedeutend gemauert, nicht zu uns hin, sondern von uns ab. Auf ihrem letzten Parteitage trat die schutzöllnerische Strömung, die die Bayern Westdeutschlands vertritt, so stark hervor, daß von einer ernsthaften Opposition gegen den Schutzzoll keine Rede mehr sein kann. Und schließlich zeigt ihre Ablehnung eines Wahlabkommens mit der Sozialdemokratie für die Landtagswahlen, daß sie auch nicht gewillt sind, mit uns zusammen einen kräftigen Kampf für die Demokratisierung des preußischen Wahlrechts zu führen.

Woher kommt es, daß eine so bedeutende Wahlschlacht so wenig Aenderung in die Politik gebracht hat? Weil für die herrschende Klasse der Schwerpunkt der Politik nicht mehr im Parlament liegt. Für das Proletariat war die Wahl ein wichtiges Zeichen, eine Demonstration seiner wachsenden Geschlossenheit und Macht, und darin lag für uns ihre Bedeutung. Hätte sie der Sozialdemokratie nahezu die Mehrheit gebracht, dann wäre sie auch für die Bourgeoisie als die wichtigste Augenblicksfrage an die erste Stelle gerückt. Aber einstweilen ist die bürgerliche Mehrheit noch gesichert. Und daher tritt für sie die rein parlamentarische Politik als ein Teil ihrer Gesamtpolitik zurück. Was als Reaktion auf dem Gebiete der Realpolitik, der Steuerpolitik, der Verfassungsfragen die Arbeiter schwer bedrückt und für sie die Hauptfrage der Politik bildet, ist für die Bourgeoisie ein nebensächlicher Teil der ganzen imperialistischen Politik, in der die weltpolitischen Fragen die Hauptrolle spielen. Und diese Fragen liegen zumeist außerhalb des Parlaments; es spielt nur die Rolle einer Bewilligungsmaschine für Militärvorlagen und Steuern. Gewiß muß auf die steigende Unzufriedenheit der Massen geachtet werden; aber sowie ökonomisch die Weltpolitik die Flucht vor dem Zusammenbruch darstellt, so sucht die Bourgeoisie statt in einer negativen Bekämpfung der Unzufriedenheit ihr Heil in der positiven Politik der Machterweiterung, der Welteroberung, des Imperialismus.

Die Politik, die in der Tätigkeit des neuen Reichstages hervortritt, ist daher nicht ein unbestimmtes Schwan-

ten ohne irgend welchen positiven Charakter. Dieser Anschein entsteht nur, wenn man sie mit den Begriffen Fortschritt und Reaktion allein zu erfassen sucht. Von dieser Seite erscheint sie als charakterloses Fortwursteln, weil ihr positiver Charakter an einer anderen Stelle liegt. Die Reichstagstätigkeit zeigt ausgesprochen und deutlich den Willen der Bourgeoisie, in der Bahn des Imperialismus weiter zu schreiten und dafür keine steigende Volksbitterung zu scheuen, solange die Bude nur hält. Auf weitere vier Jahre ist man gesichert, und auch dann wird sich die Mehrheit noch ohne besondere Maßnahmen behaupten lassen; wer weiß, ob es dann nicht inzwischen zu entscheidenden Weltereignissen gekommen ist, die die ganze Lage im Parlament neu gestalten, ähnlich wie es die Siege von 1866 für Bismarck bewirkten.

Damit ist auch die Lage für das Proletariat gegeben. Die Weltpolitik stellt es vor schwere Aufgaben, den großen Gefahren und Schädigungen, womit es bedroht wird, energisch entgegenzutreten. Aber sie sind anderer Natur als man früher dachte. Früher rechnete man auch schon mit schweren Kämpfen, die teilweise mit neuen Mitteln, mit Massenaktionen zu führen seien; aber man dachte sich diese immer im Anschluß an den Parlamentarismus. Die Verteidigung des Reichstagswahlrechts gegen Angriffe der Reaktion stand im Zentrum dieser Erwartungen; hier sollte der große revolutionäre Kampf losbrechen. Jetzt zeigt sich, wie diese Frage zeitweilig zurücktritt gegen andre, die aus der Weltpolitik auftauchen, und bei denen nicht weniger das tiefste Lebensinteresse der Arbeiterklasse auf dem Spiele steht. Der Kampf gegen die Kriegsgefahr, die von der Reichstagswahl unabhängig ist, tritt in der politischen Aktion des Proletariats immer mehr an die erste Stelle. Das ist die proletarische Seite der imperialistischen Entwicklung; darin kommt zum Ausdruck, wie und weshalb die Reichstagswahlen keinen wesentlichen Umschwung in der Politik bringen konnten. —